

Nr. XIX. GP-NR
1034 /J
1995 -04- 2 6

Anfrage

der Abgeordneten Kiss
und Kollegen
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend Förderung von dubiosen Vereinen durch die Aktion 8000

Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei haben bereits im Vorjahr eine Anfrage an den Sozialminister gestellt, in der Aufklärung darüber erbeten wurde, wieso im Rahmen der Aktion 8000 Vereine gefördert werden, die eindeutig staatsfeindliche Ziele haben. Die Abgeordneten hatten damals unter anderem auf das Beispiel der "Unabhängige Initiative Informationsvielfalt" verwiesen, die im Jahre 1993 mit Mitteln der Aktion 8000 gefördert wurde und Herausgeber des "TATBLATTES" ist.

In der Anfragebeantwortung rechtfertigte sich der Sozialminister für die Förderung des Vereins "Unabhängige Initiative Informationsvielfalt" damit, daß "das Arbeitsmarktservice aus gutem Grund keine nachrichtendienstlichen Einheiten und auch nicht die offensichtlich Ihnen (Anm.: den Fragestellern) zur Verfügung stehenden einschlägigen Kontakte besitzt" und er daher nicht in allen Einzelfällen die Aktivitäten der geförderten Vereine überprüfen könne. Gleichzeitig gab der Sozialminister aber in der Anfragebeantwortung bekannt, daß er die zuständige Landesgeschäftsstelle Wien des Arbeitsmarktservices beauftragt habe, die Förderungen an diesen Verein einzustellen.

Nunmehr wurden im Rahmen der Budgetberatungen allen Fraktionen des Nationalrates die neuesten EDV-Ausdrucke über die Förderungen im Rahmen der Aktion 8000 zugemittelt. Aus diesen Unterlagen geht hervor, daß der Verein, der das "TATBLATT" herausgibt, nicht nur - entgegen der Anfragebeantwortung des Sozialministers aus dem Vorjahr - weitergefördert wurde, sondern daß sich die Förderungssumme sogar verzehnfacht hat.

Im folgenden Beispiele für problematische Förderungen im Rahmen der Aktion 8000:

- o Die "Unabhängige Initiative Informationsvielfalt" wird aus Mitteln der Aktion 8000 gefördert (so z. B. im Jahr 1993 mit ÖS 78.205,--, im Jahr 1994 mit ÖS 742.822,--!!!!). Diese Initiative ist Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin der Druckschrift "TATBLATT". Dieses "TATBLATT" sieht sich als Zeitung für "Täter(innen)" und Übermittlerin von "Nachrichten aus dem Widerstand".

-2-

"Objektivität" und "Ausgewogenheit" sind, eigenen Angaben zufolge, nicht Sache des "TATBLATTES". Blattlinie und Berichterstattung weisen in den Bereich des terroristischen Umfeldes bzw. dessen Sympathisantenkreises. So wird z. B. den Anliegen von inhaftierten Mitgliedern bzw. deren Angehörigen/Sympathisanten terroristischer Vereinigungen, wie der "Roten-Armee-Fraktion (RAF)", breiter Raum gewidmet und über Terroraktionen im In- und Ausland umfassend und (für die Täter) parteiisch berichtet.

Bei dem nunmehrigen Anschlag auf die 380 kV-Leitung in Ebergassing hat sich ebenso herausgestellt, daß die Täter im Umfeld dieses Vereines zu finden waren, womit neuerlich offenkundig wurde, daß dieser Verein eindeutig staatsfeindlich tätig ist.

- o Die "Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerer und Gewaltfreiheit" erhält ebenso Mittel der Aktion 8000 (so z. B. im Jahre 1993 mit ÖS 99.388,--, im Jahre 1994 ebenfalls ÖS 188.199,--). Dieser Verein versteht sich als Ort für Initiativen aus dem Bereich der außerparlamentarischen Opposition. Diese ARGE ist seit ihrer Gründung im Dezember 1977 die maßgeblichste Organisation, die gegen das Bundesheer bzw. gegen die Landesverteidigung in Erscheinung tritt. Sie zählt bzw. zählte zu den Trägerorganisation

- o des "Aufrufes Militärgesetze nicht zu befolgen",
- o der Initiative "Österreich ohne Heer",
- o von Protestveranstaltungen gegen Angelobungen und Waffenschauen,
- o von Unterstützungs- und Sympathieveranstaltungen für Wehrdienstverweigerer und
- o des Widerstandes gegen den Ankauf von Abfangjägern

All diese Aktivitäten werden indirekt durch öffentliche Mittel der Aktion 8000 finanziert (in der Beilage dieser Anfrage Beispiele für die Aktivitäten dieses Vereines)

- o Die Aktion 8000 unterstützt darüber hinaus im Burgenland den Verein "Ökologische Gesellschaft Friends of the Earth Wien" im Jahr 1994 mit ÖS 179.760,--.

Angesichts dieser unverständlichen Förderungen von dubiosen Vereinen durch öffentliche Mittel des Sozialministeriums stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

-3-

Anfrage:

1. Wieso haben Sie die oben angeführten Vereine gefördert, obwohl der Sozialminister in einer Anfrage des Vorjahres (7096/J) bereits von Abgeordneten der ÖVP darauf hingewiesen wurde, welche Aktivitäten diese Vereine betreiben und daraufhin vom Sozialminister die Einstellung der Förderung versprochen wurde?
2. Welche Konsequenzen werden Sie nunmehr endgültig aus diesen Fällen für die Zukunft Ihrer Förderungspolitik für Vereine im Rahmen der Aktion 8000 ziehen?
3. Falls Sie nicht bereit sind, Konsequenzen zu ziehen, mit welchen Mitteln der Aktion 8000 wurden bzw. werden im Jahre 1995 die oben genannten Vereine gefördert?

BEILAGE

"UNABHÄNGIGE INITIATIVE INFORMATIONSVIELFALT"

TATblatt - Plus - 8 - Nummer v. 16.03.94

ZIVILDienst-ANTRAG JETZT!

Mehrere 10.000 Männer in Österreich haben nur mehr bis 10. April Zeit, um einen Zivildienst-Antrag zu stellen!

- ab 1. März wurde eine Bestimmung für Zivildienst in Kraft, die...
- ...die Zivildienstzeit auf 12 Monate festsetzt (1995: 12 Monate)
- ...den Zivildienst zu einem freiwilligen Dienst macht
- ...den Zivildienst zu einem freiwilligen Dienst macht

Vor 20. März 1994 gehen auch die letzten Fristen für Zivildienst-Anträge!

Was du dir wünschen möchtest und...

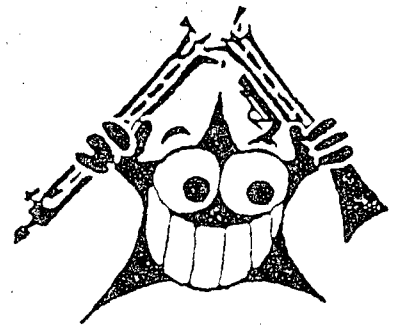
Wenn du dir einen Zivildienst-Antrag gestellt hast, mußt du das **UNBEDINGT** bis 10. April tun!
Wenn du dir einen Zivildienst-Antrag gestellt hast, mußt du das **UNBEDINGT** bis 10. April tun!
Wenn du dir einen Zivildienst-Antrag gestellt hast, mußt du das **UNBEDINGT** bis 10. April tun!

Bis zum 10. April 1994 mußt du dir einen Zivildienst-Antrag gestellt haben. Jetzt wurde diese Frist auf 1 Monat nach hinten verschoben. Wenn du diese Frist versäumst, mußt entweder zum Bundesheer, oder dich auf ein Leben als Tagelöhner einstellen.

Wenn du dir einen Zivildienst-Antrag gestellt hast, mußt du das **UNBEDINGT** bis 10. April tun!
Wenn du dir einen Zivildienst-Antrag gestellt hast, mußt du das **UNBEDINGT** bis 10. April tun!

Zivildienst-ANTRAG JETZT!

Die Zivildienststellenkommissionen • beim Innenministerium und • bei den Beratungsstellen für Wehrdienstverweigerer
Wohnung: ...



Das TATblatt...

Das TATblatt ist eine seit 1986 erscheinende und 14-tägig erscheinende, selbstverwaltete Zeitschrift. "Alles über das Böse an der Welt", "Nachrichten aus dem Widerstand" oder "die Zeitung der TATlerInnen", unsere Arbeit genau zu definieren, ist uns schwer.

Klar ist aber "Überwältigung" und "Ausgewogenheit" sind nicht unsere Sache!

Das TATblatt soll die Wut, den Widerstand und vor allem die Entzweiung der Menschen zum Inhalt haben, die keine "Beherrschten" sein wollen. Und — am allerbesten — sollen diese auch selbst von ihren Taten berichten. Von ihren Kämpfen und Informationsverarbeitungen, ihren Sackgassen und Besetzungen, von ihrem TATkräftigen Handeln überhaupt!

Das TATblatt ist nicht "Zentralorgan", sondern Bohn. Es ist aber auch ein Platz für Diskussionen. Die Wege in eine Gesellschaft ohne Unterdrückung der Frauen, ohne Rassismus, ohne hierarchische Dogmatismus und Profiteure sind in keiner Landkarte eingezeichnet. Kein Führer kennt den Weg!

Das TATblatt darf nicht "fertig" und schon gar kein "Produkt" sein. Sehr wohl aber ein in ständiger Entwicklung befindlicher Ausdruck der Suche nach einer anderen Gesellschaft.

Wer sich von Rechtschreibfehlern, kontroverseller Diskussion und Chaos nicht abschrecken läßt, ist herzlich eingeladen, mitzumachen...

Kontakt

TATblatt-Plenum:
jeden Donnerstag um 19 Uhr im TATblatt-Büro:
Wien 6, Gumpendorferstraße 157/11
Büro-Öffnungszeiten:
Mittwoch und Donnerstag: 14 — 18 Uhr,
Freitag: 15 — 18 Uhr

TATblatt-Verkaufsstellen

WIEN 1: • BH Südwind (Kleeblattgasse 4) • BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) • Zeitungskiosk R. A. Kern (Kärntnerpassage — beim U4-Abgang) • Zentralbuchhandlung (Schulerstraße 1) WIEN 3: • Baum/Buennenhof-Produkt-Direktverkauf „Unser Laden“ (Apostelgasse 17) WIEN 4: • Beisl TU-Club (Panngasse/Ecke Argentinierstraße) WIEN 6: • Beisl KUKU (Linke Wenzels 98) • Platten RAVE UP (Holmhubergasse 1) WIEN 7: • Platten Why Not (Kirchengasse) WIEN 8: • EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) • Bio Makrokosmos (Strozzgasse 38) WIEN 9: • BH Buchwerk (Schwarzenbergstraße 15) • BH Löwenherz (Berggasse 8, Eingang Wasengasse) • BH Reisebuchladen (Koenigsplatz 6) WIEN 10: • Bioladen „Der Laden“ (Gudrunstraße 143) • EKH (Wielandgasse 2-4) WIEN 18: • Beisl CI (Payergasse 14) • Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) STOCKERAU: • Bäckerei W. Schwarz (Heidstraße 11) INNSBRUCK: • Utopie (Tscherningstraße 3) SCHWERTBERG: • Kulturverein KANAL (Josefplatz 21) Änderungen vorbehalten! Stand Oktober 1993

Impressum

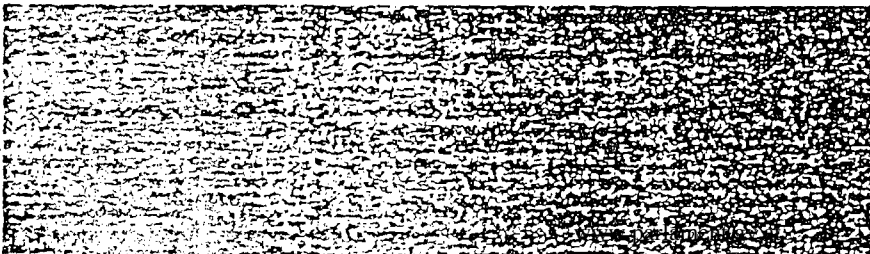
MedieninhaberIn, HerausgeberIn, HerausgeberIn und VerlegerIn:
Unabhängige Initiative Informationsverteilung
1060 Wien, Gumpendorferstr. 157/11
Telefon: (0222) 568078
Fax: (0222) 568078-4
E-Mail: TATblatt@LINK-ATU.COMLINKAPC.ORG
(Mailbox: (0222) 5860409)
Konto: P.S.K. 7547 212
DVR Nr.: 0558371
Druck: Exendruck
Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. Leserrinnenbriefe und nicht als redaktionell bezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreibenden oder des Schreibenden wieder.

TATblatt-Abo

entweder begehrenden Erscheinen (P.S.K. 7547 212 — Empf.: Unabhängige Initiative Informationsverteilung) bestellen (Name und Adresse auch am rechten Abschnitt vollständig eintragen!!!) und einzeichnen!
Preise innerhalb Österreichs:
10-Nummern-Abo: 140,- Öschis
20-Nummern-Abo: 270,- Öschis
Preise außerhalb Österreichs:
10-Nummern-Abo: 200,- Öschis

Achtung AbonnentInnen! Die im Adresskader unterhalb deines Namens in doppelter Klammer eingetragene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, das du als letztes im Rahmen deines Abos zugesandt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängersuchst! Bei Fehlen oder Unklarheiten bitte einfach bei uns anrufen oder uns schreiben!

P.b.b. • Erscheinungsort Wien • Verlagspostamt 1060



Das nächste TATblatt

erscheint am
30. März 1994

Zum Attentat auf Alfred Herrhausen: Die revolutionären Prozesse sind die Erfahrungen, die aus der Agonie zwischen Leben und Tod heraus, hin zu einem entschlossenen Kampf für das Leben geführt werden

(raf)

Am 30.11.1989 haben wir mit dem »Kommando Wolfgang Beer« den Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, bingerichtet; mit einer selbstgebauten Hohlladungsmine haben wir seinen gepanzerten Mercedes gesprengt.

Durch die Geschichte der Deutschen Bank zieht sich die Blutspur zweier Weltkriege und millionenfacher Ausbeutung, und in dieser Kontinuität regierte Herrhausen an der Spitze dieses Machtzentrums der deutschen Wirtschaft; er war der mächtigste Wirtschaftsführer in Europa.

Deutsche Bank, das ist quer durch Westeuropa und in weiten Teilen der Welt zum Symbol für die Macht und Herrschaft geworden, die überall frontal mit den fundamentalen Interessen der Menschen nach einem Leben in Würde und Selbstbestimmung zusammenstößt. Unter Herrhausens Regie hat sich die Deutsche Bank zur europaweit größten Bank aufgeschwungen und dominiert die wirtschaftliche und politische Entwicklung. Sie hat ihr Netz über ganz Westeuropa geworfen und steht an der Spitze der faschistischen Kapitalstruktur, gegen die sich jeder Widerstand durchsetzen muß. Seit Jahren bereitet sie den Einbruch in die Länder Osteuropas vor, jetzt steht sie und andere lauernd in den Startlöchern, um auch die Menschen dort wieder dem Diktat und der Logik kapitalistischer Ausbeutung zu unterwerfen.

Herrhausens Pläne gegen die Länder im Trikont, die selbst in »linksintellektuellen«

Kreisen als humanitäre Fortschrittskonzepte gepriesen werden, sind nichts anderes als der Versuch, die bestehenden Herrschafts- und Ausplünderungsverhältnisse längerfristig zu sichern, sie verlängern und verschärfen noch weiter die Leiden der Völker.

Es ist weltweit eine destruktive Entwicklung, die der Imperialismus zur Sicherung seiner Profit- und Machtpositionen produziert: Völkermord, Hunger, Erniedrigung, Existenzunsicherheit und umfas-

sende Zerstörung schafft eine im Kern einheitliche Situation, die überall existenzielle Dimension angenommen hat, nirgends können die Menschen wirklich nach ihren eigenen Vorstellungen und Werten leben.

Aber die Akteure dieses Systems müssen wissen, daß ihre Verbrechen ihnen erbitterte Feinde geschaffen haben, daß es für sie keinen Platz geben wird in der Welt, an dem sie vor den Angriffen revolutionärer Guerilla-Einheiten sicher sein können.

Wir alle, die gesamte revolutionäre Bewegung in Westeuropa stehen vor einem neuen Abschnitt.

Die völlig veränderte internationale Situation und die ganzen neuen Entwicklungen hier erfordern, daß der gesamte revolutionäre Prozeß neu bestimmt und auf neuer Grundlage weiterentwickelt werden muß.

Daran arbeiten wir, und daran wollen

Diskussion und Praxis, in dem offen über die verschiedenen Erfahrungen, Vorstellungen und Kritiken geredet wird, um die gesamte Entwicklung zusammen zu begreifen und um zu politischen Bestimmungen und konkreten greifbaren Vorstellungen für den Umwälzungsprozeß zu kommen.

In der Diskussion darüber müssen die Gefangenen Teil sein, dafür und weil das Vernichtungsprojekt gegen sie endlich gestoppt werden muß, muß jetzt ihre Zusammenlegung und damit die Perspektive für ihre Freiheit erkämpft werden.

In dieser neuen Phase müssen wir es schaffen, die vielfältige und unterschiedliche Praxis in einer Orientierung gegen das System zu verbinden. Der revolutionäre Prozeß braucht neue Dynamik und produktive Wechselbeziehungen, nur zusammen können die Kämpfe die nötige Kraft



wir die Diskussion mit allen, die Schluß machen wollen mit der imperialistischen Zerstörung und die für eine grundsätzlich andere, an den Menschen orientierte gesellschaftliche Realität kämpfen und die diese Auseinandersetzung mit uns wollen.

Neuer Abschnitt, das heißt für hier vor allem auch die Neuzusammensetzung der revolutionären Bewegung, was möglich ist, weil viele es wollen, und es gibt die ersten Schritte dahin schon. Wir stellen uns das vor, als einen Prozeß von gemeinsamer

entwickeln, um destruktive Entwicklungen des Imperialismus zu stoppen und überhaupt seine ganze zerstörerische Entwicklungsrichtung umzudrehen — nur zusammen, also als eine Front gegen den Imperialismus, können wir hier in Westeuropa gemeinsam mit den Befreiungskämpfen weltweit einen einheitlichen, internationalen und langandauernden Umwälzungsprozeß durchsetzen.

Zusammen kämpfen!

2.12.1989, Rote Armee Fraktion

Solidemo für die Gefangenen

Dienstag 7.7.

Am Dienstag 7.7. fand am Vormittag eine Solidaritätsdemonstration für politische Gefangene - weltweit - statt. Nach einem Infocard am Karlsplatz führte die Demo zum Platz der Opfer des Nationalsozialismus und dann zum Konsulat der USA. In Redebeiträge wurde auf die Haftsituation

Sammellagern (in Zukunft 500 Menschen Mindestkapazität), Sammelverpflegung, Sozialleistungskürzungen, Anwesenheitspflicht, LagermischerInnen, Schnellgerichten, Lagerpolizei und Zwangsdeportationen werden die Schikanen bewußt auf die Spitze getrieben.

Am Abend fand im Zunfthaus eine öffentliche Veranstaltung gegen Rassismus statt. Beiträge:

weirweite Fluchtursachen - Rolle der BRD Waffen für das türkische Regime - gegen Kurden

Abschiebepraxis des Münchner Kreisverwaltungsreferates

Gewerkschafter gegen Kronawitter

(Münchner Oberbürgermeister, SPD)

BRD bricht Flüchtlingskonvention. "Grenzen auf" für bosnische Flüchtlinge - Bericht der Asylkoordination Österreich

das neue Asylverfahrensgesetz: Zwangslager - Schnellgerichte - Abschiebung!

Polizeiterror gegen AntifaschistInnen. Bericht aus Mannheim und München.

Um 19 Uhr führte eine von Grünen organisierte Demonstration gegen das brutale Vorgehen der Polizei bei den Protesten gegen die G7 vom Marienplatz zum Odeonsplatz, wo auch der Anti-Rassismus-Zug endete.

Als dort ein junger Mann die EG-Fahne vom Mast entfernen wollte, wurde er trotz Befreiungsversuchen verhaftet. Später gab es wiederum Aufregung mit diesen USK-

Typen. Als einige Botzowagen die Residenz verließen, wollten einige Leute sich die in den schwarzen Limousinen befindlichen Personen mal aus der Nähe ansehen. Das benutzte die USK-Einheit zu einem aggressiven Abdrängungs-Manöver. Nur der Besonnenheit der DemonstrantInnen ist es zu verdanken, daß es zu keinem größeren Wackel kam.

Später am Abend fand dann noch ein Anti-WWG-Soli-Konzert statt.



politischer Gefangener eingegangen. Speziell Redebeiträge beschäftigten sich unter anderem mit dem in einer US-Todeszelle einsitzenden Mumia Abu Jamal (ehemaliges Mitglied der Black Panther Party und Journalist, soll angeblich einen Polizisten ermordet haben) und dem RAF-Gefangenen Bernd Rössner (sitzt seit 17 Jahren, seit 10 Jahren schwer krank).

der sehr stimmungsvollen Demo nahmen ca. 1000 Menschen teil. Zentrale Parole: FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN - WELTWEIT.

Um 16 Uhr fand eine Protestaktion und Kundgebung vor dem Kreisverwaltungsreferat statt. Anschließend führte eine Demonstration - Zug gegen Rassismus - mit Zwischenkundgebung vor einem Fascho-Lokal zum Odeonsplatz (Platz vor der Residenz - dem Tagungsort der G7). Ungefähr 2000 Menschen nahmen an der Demo teil.



Für Dienstag 7.7.rief das Münchner Bündnis gegen Rassismus zum AKTIONSTAG GEGEN RASSISMUS auf. Seit 1. Juli 1992 ist in Deutschland das neue Asylverfahrensgesetz in Kraft. Asylsuchende werden seit diesem Datum in KZ-ähnliche Zwangslager gesteckt. Mit Hilfe von Schnellgerichten in den Lagern soll die Mehrheit von ihnen innerhalb von sechs Wochen wieder abgeschoben werden. Das Recht auf Asyl steht praktisch nur noch auf dem Papier (siehe auch Asylgesetz in Österreich). Die Staatsorgane der BRD schieben Flüchtlinge auch in Folterstaaten wie z.B. Türkei oder Iran ab. Vom Staat werden die Aufgaben in Zusammenhang mit dem Asylrecht und der Aufnahme von Flüchtlingen zur Organisation von Rassismus mißbraucht. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen werden die Probleme von Seiten des deutschen Staates bewußt eskaliert. Mit

Anschlagserklärung Nummer 2:

Wien am 7.7.92

Wir sind verantwortlich für den Brandanschlag auf die Mercedes-Niedertassung in Wien 10. Unsere Aktion ist ein Beitrag zu den Anti-Weltwirtschaftsgipfel Aktionen in München. Von 6.7.92 bis 8.7.92 findet in München der Gipfel der 7 größten kapitalistischen Nationen statt. Sie sind verantwortlich für das Leid von Millionen Menschen in aller Welt. Durch ihre Politik verhungert jede zwei Sekunden ein Kind. Sie sind für den Mord in Kurdistan, in El Salvador, in Südafrika mitverantwortlich. Daimler-Benz ist der größte Deutsche Multi. Er hat seine Drecksfinger überall mit im Spiel. Seine Panzer morden in aller Welt mit. Daimler-Benz ist eine der tragenden Säulen der BRD. Die Daimler-Karosserien stehen für "Freiheit, Wohlstand und Reichtum". Unsere Realität ist aber eine andere. Wir werden noch immer von den Herrschenden ausgebeutet.

EAT THE RICH
KAMPF DEM KAPITALISMUS
GRUSZ AN DEN ANTI-WELT-WIRTSCHAFTSGIPFEL-WIDERSTAND

Die militärische Feuerpuckel

Feuer am Semmering

Aktion am 8. August 1992

Schon seit altersher war es in den alpen ein streng geachteter Brauch, in Zeiten der Gefahr auf den Berggipfeln Signalfire anzuzünden. Dieser Brauch hat sich bis heute erhalten — nur sind es heute andere Vorzeichen, die zum Setzen von Signalfire veranlassen: schrankenloser Verkehr, touristische Überschießung, Raubbau an der Natur und Zerstörung unserer Umwelt. Feuer in den Alpen werden schon seit einigen Jahren regelmäßig Anfang August aufgrund der anhaltenden Umweltzerstörung gesetzt. Diese Initiative wird diese Initiative nicht nur auf die Schweiz und die westlichen Bundesländer beschränkt bleiben. Am 8. August wird eine Feuerkette vom Mittelmeer bis zum Wienerwald die Alpen erleuchten.

(Alliance for Nature)

Die Naturschutzorganisation Alliance for Nature und die Vereinigten Bürgerinitiativen des Schwarzatal-Semmering-Gebietes beteiligen sich an dieser alpenweiten Initiative mit der Aktion "Feuer am Semmering" und laden alle herzlich zur Teilnahme ein. Der Anlaß für die Aktion sind die Pläne verschiedener Interessensgruppen, den Semmering mehrmals zu durchbohren:

Semmering-Basistunnel

Die ÖBB wollen die Semmering-Bahn durch einen Basistunnel ersetzen. Ein Großteil der Bevölkerung und zahlreiche Umweltorganisationen sprechen sich jedoch im Rahmen der Initiative "Semmering-Gebirgs-Bahn statt Tunnel-Wahn" für den Hauptbetrieb über die bestehende Semmering-Strecke und gegen den geplanten Semmering-Basistunnel (SBT) aus folgenden Gründen aus (leider geht's hier nur in Kürze, weil's schon so spät ist. Genaueres nachzulesen im TATblatt minus und im Flugblatt der Alliance for Nature):

- 1.) Die Cochen der Schwarzatal-Semmering-Region würden durch den Bau des SBT gefährdet sein
- 2.) die Natur- und Kulturlandschaft der Semmering-Region, Teil des Landschaftsschutzgebietes Rax-Schneeberg würde beeinträchtigt werden
- 3.) mehrere Kurorte an der Rax wären über ihre hinaus Großbaustellen
- 4.) die Erhaltung der Semmeringbahn, die die älteste Gebirgsbahn der Welt ist, wäre nicht mehr gewährleistet
- 5.) die SBT ist nach Ansicht von Verkehrsexperten ein Hemmschub für den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel. Die Geldmittel, die der SBT verschlingen würde, müssen für weitaus wichtigere Bahnprojekte verwendet werden.

Semmering-Schnellstraßentunnel (SST)

Nach Plänen des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten soll am Semmering die Lücke der Schnellstraße S6 durch drei Schnellstraßentunnels über Privatfinanzierung geschlossen werden. Der Lückenschluß hätte eine umfangreiche Verkehrsverlagerung von der A2-Südautobahn auf die S6 zur Folge und somit auch eine massive Beeinträchtigung der Umweltqualität in der Mur-Mürz-Furche. Zudem

würde der SST einer weiteren Transistrecke durch Österreich Vorschub leisten.

Österreichische Verkehrspolitik

Bevor weitere Verkehrsträger in Österreich errichtet werden, müssen alle Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene ergriffen werden, den ohnehin bereits an Grenzen stoßenden Verkehr zu reduzieren. Die bloße Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene bzw. auf das Wasser ist keine Lösung der Verkehrsprobleme!

Einladung zur Aktion Feuer am Semmering

Programm: Gemeinsame Busfahrt vom Bf. Payerbach-Reichenau zum "Viadukt über den Unteren Adlitzgraben"/Semmering, Fackelzug in den Oberen Adlitzgraben zum "Viadukt über die Kalte Rinne", Diaprojektionen auf die "Pollerowand", Lagerfeuer, Rückfahrt per Bus.

Treffpunkt: 20.00 Uhr, Bf. Payerbach-Reichenau
ab Wien Süd: 18.52 Uhr
ab Mürzzuschlag: 19.19 Uhr

Rückfahrt:
ab Wr. Neustadt: 0.02 Uhr
an Wien Süd: 0.30, an Mürzzuschlag: 1.09

Schon wieder eine Anschlagserklärung:

ADH

Gruppe Wien Abt. Antifaschismus

**Wir haben keine Angst zu kämpfen,
denn die Freiheit ist unser Ziel!**

Die Entschuldigung

Das in den frühen Morgenstunden des 26.6.1992 im "Kursaal Hübner" ausgebrochene Feuer ist unsere Schuld. Unsachgemäßes Handeln mit Zeitdruck und Benzin schaffte unvermutet eine für uns völlig außer Kontrolle geratene Situation. Außerdem schliefen wir zum Feuerausbruchzeitpunkt schon tief und fest.

Weiters hatten wir verabsäumt, die Geschäftsleitung des "Hübner" davon zu informieren, daß dort stattfindende Nazi-Veranstaltungen uns Stürmruhezeln macht; und wo wir runzeln, kann es leicht warm werden.

Der definitive Grund

Am 21.12.1991 hatte die eingeborene Nazi-Elite Stürm und Frechheit, sich den gesamten Kursaal für einen Abend zu mieten, um dort bierend und grölend feuchten Auges auf die nicht unbeträchtlichen Erfolge des auslaufenden Jahres rückzublicken. Während sich vor dem "Hübner" eine Gruppe von GegendemonstrantInnen Popo und sonstwas abfror, ließ sich Gerd Honsik und anderer oben treibender Nazikol vom zahlreich erschienenen Fußvolk bejubeln - wie immer bei derlei Anlässen bestens behilft von einer lauteren Sympathie bekundenden Polizeiborde.

Doch die Anderen...

Unsere Aktion richtet sich diesmal aber nicht gegen Nazis direkt (aufgeschoben ist nicht aufgehoben), sondern gegen jene unüberschaubare Zahl feiger Spießer, die im Background agieren und den Nazis als dienstbeflissene Kollaborateure den Weg ebnen - heute, so wie damals. Leute und Institutionen, welche Nazis, Geld, Infrastruktur und/oder politische Unterstützung gewähren, haben jederzeit mit unserem Erscheinen zu rechnen.

Mit freundlichen Gruß ihre "Aktion Denken und Handeln"

Viel Liebe und Kraft auch nach Weyer, Innsbruck und Salzburg!

Damit wir diese Tips weitergeben können, bitten wir euch, eure Ausgaben noch einmal zu präzisieren. Am besten findetes war es, ihr würdet eine genaue Skizze von eurem "revolutionären Keimling" anfertigen und diese Skizze durch Größen- und

Liebe, Kraft und eine
"Bombenstimmung" bei
euren Aktionen wünschen
wir allen Genossinnen in
der Welt!

Stapo schließt Akademie-Institut (Teil 2)

(Nikolo)

Am Montag den 17. September 1990 (wenn wir uns nicht geirrt haben, Anm. Red.) fanden sich die 16 MitarbeiterInnen des Institutes für Sozio-ökonomische Entwicklungsforschung (ISEF) an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) von ihrem Arbeitsplatz ausgesperrt.

Direktor Wolf Dieter Grossmann, hatte die eigenen MitarbeiterInnen verklagt, sie hätten an seinem millionenträchtigen Programm manipuliert. Er betätigte sich auch selbst spät nächtens als Detektiv: In den PCs fanden sich Texte flugblattartigen Charakters (e.g. eine Dokumentation zum Thema AusländerInnen-Wahlrecht), weshalb auch umgehend die Stapo eingeschaltet wurde. Zur Sicherheit wurde sämtliche EDV und alle losen Texte auf Papier beschlagnahmt. Die Stapo fand nun — trotz gezielter Suche nach CodeWörtern wie "F", "Y" und "Grüne" — nichts weiter belastendes, weshalb die Sache der Wirtschaftspolizei übergeben wurde. Ein Mitarbeiter wurde fristlos entlassen. Sein Naheverhältnis

zur HausbesetzerInnenzene und diversen AusländerInnen-Initiativen gah den Ausschlag: womöglich hätte er sämtliche Flugles der Bewegung am Institut kopiert! Ein weiterer Mitarbeiter kam dem durch einen vorzeitigen Austritt zuvor. Ihm wurde ein Briefwechsel mit der KPÖ vorgeworfen. Der Sekretärin, welche sich auch noch mit beiden solidarisiert hatte, passierte das selbe. (Tatblatt berichtete darüber ausführlich.)

Ein Jahr lang durchsuchte die Staatsanwaltschaft EDV und Akten; dann wurde die Sache ergebnislos zurückgelegt. Der Direktor mußte in einem Verfahren wegen übler Nachrede seine Anschuldigungen zurücknehmen. Er hat sich auf einen wohl dotierten Job in Leipzig zurückgezogen, wo West-Wissenschaftler der zweiten Wahl in letzter Zeit ihre Chance sehen. Seitdem befaßt sich das Arbeitsgericht mit den drei Fällen.

Inzwischen kam es hinsichtlich der fristlosen Entlassung zu einem interessanten Vergleich: Die ÖAW wandelt die fristlose Entlassung in eine einvernehmliche Auflösung des Arbeitsverhältnisses um; sie erklärt, daß sie ihrem ehemaligen Mitarbeiter

"keinerlei rechtswidriges oder ehrenrühriges Verhalten" vorwirft; und sie bezahlt ihm eine einmalige Abfindung von 350.000 Schilling (rd. ein Jahresgehalt brutto). Die Verfahrenskosten von zwei mal 120.000 Schilling müssen beide zahlen, wobei für die ÖAW die SteuerzahlerInnen (deshalb kann sie ja auch so locker entlassen!), für den ehemaligen Mitarbeiter zu 75% die Gewerkschaft aufkommt. Die beiden anderen MitarbeiterInnen kämpfen noch um ihre Abfertigung — im Gegensatz zum ersten Urteil leidet mit wenig Aussicht.

Was bleibt, ist ein aufgelöstes Institut, das als engagiert bis links gegolten hat. Die Betroffenheit bei allen KollegInnen, die das Gefühl nicht los werden, daß Wissenschaft nicht frei ist, daß ein PC offener ist, als ein versperrter Spind und daß mensch ihnen das nächste private Telefonat, das nächste Computerspiel oder die nächste private Kopie zum Anlaß einer Fristlosen machen kann. Denn wie ein Verfahren beim Arbeitsgericht nach Jahren endet, das ist unter anderem auch eine Glückssache.

Brandaktuell aus unserem Briefkasten (Post vom 1.12.1992):

Der Brand in der Hofburg war kein Unglück, sondern eine politische Notwendigkeit!

(Komitee zur Unterstützung symbolhafter Großbrände)

Im letzten Jahr hat es in Österreich 10 Brandanschläge auf Flüchtlingsheime und Wohnhäuser ausländischer Werktätiger gegeben. Der staatlich geschürte Rassismus gibt Faschistenbanden klare Ziele an, die von diesen dann angegriffen werden. Gleichzeitig schützt der bürgerliche Unterdrückungsapparat mit immer brutaleren Mitteln die Zusammenrottung dieser mörderischen Banden.

Mit der Verabschiedung des Fremden-Gesetzes, das am 1.1.1993 in Kraft treten wird, soll die letzte Lücke im nahezu perfekten System rassistischer Sondergesetze gegen ausländische Werktätige und Flüchtlinge geschlossen und die 'Ausländer-raus!'-Politik weiter verschärft werden.

(mit in Österreich die staatliche rassistische Hetze nicht ebenso wie in Großdeutschland greift, und Teile der mit den gesellschaftlichen Zuständen (verstärkte Ausbeutung, Lohnabbau, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot usw.) unzufriedenen Bevölkerung die vom Staat aufgebauten Sündenböcke aufs Korn nimmt, müssen wir verstärkte Anstrengungen unternehmen, die wahren Ursachen der kapitalistischen Krise deutlich zu machen. Dazu gehören aber auch exemplarische propagandistische Aktionen.

Der Brand der Hofburg ist ein symbolhafter Akt, der zwar den ständig verschärften staatlichen Rassismus nicht aufhalten kann, der aber einen Fingerzeig auf die wirklichen Feinde, auf die Nutznießer der kapitalistischen Krise und des Rassismus, darstellt.

Die Hofburg ist eines der wichtigsten Symbole des österreichischen Imperialismus. Mit der Zunahme der Macht der habsburgischen Tyrannen wurde sie ab dem 16. Jahrhundert mit jeder Eroberung neuer kolonialer Gebiete weiter ausgebaut. Baumaterial war das Blut und die Knochen der nach Millionen zählenden unterdrückten und ausgebeuteten Nationen des Habsburger Völkerkerkers.

Mit der Abkösung der Habsburger Tyrannen wurde die Hofburg Anfang des 20. Jahrhunderts zum Symbol des kapitalistisch-imperialistischen Unterdrückerregimes. Dort ist der Sitz des Präsidenten, dort treffen sich immer wieder Vertreter imperialistischer Mächte zu Beratungen über die verstärkte Ausplünderung unterdrückter Völker.

Durch die rassistischen Sondergesetze werden unter anderem gerade die Nachfahren derjenigen Völker ausgegrenzt, niedergehalten, ausgebeutet und abgeschoben, auf deren Rücken die Hofburg erbaut wurde.

Insofern ist der Brand der Hofburg als symbolischer Akt eine politische Notwendigkeit, um den Volksmassen die von der bürgerlichen Ideologie verklebten Augen zu öffnen und die revolutionäre Stoßrichtung des Kampfes gegen Rassismus und Imperialismus vor den Massen der Werktätigen deutlich zu machen.

Die Hofburg ist das geschichtsträchtigste Symbol der expansionistischen Politik der alten wie neuen Herren Österreichs und mußte deshalb als erstes brennen. Aber es ist bei weitem nicht das einzige. Das Schloß Belvedere wurde aus den Trümmern der zerstörten Städte und Dörfer Südosteuropas nach den blutrünstigen Eroberungskriegen des 18. Jahrhunderts unter Prinz Eugen erbaut, dessen Stadtsitz es wurde. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war es die Residenz des habsburgischen Kaiserkandidaten Franz Ferdinand, den 1914 in Sarajewo sein gerechtes Schicksal ereilte. Auch das Schloß Belvedere wird brennen!

Advent, Advent, ein Palast verbrennt...

27.11.92

BEILAGE

**"ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR WEHRDIENSTVERWEIGERUNG
UND GEWALTFREIHEIT"**

ZEITSCHRIFT für ANTI-MILITARISMUS

Das Militär betreibt Imagepflege, denn die "Verteidigungsabereitschaft" sinkt. Der Begriff "Pazifismus" gerät ins Zweifelhafte, wenn sich sogar das Heer, als Friedensbewegung deklariert. Etikettenschwindel! Die Welt entspannt sich in Abrüstungsverhandlungen, die Waffen aber werden nur ins Meer geworfen. Seegestützte Ost und West knallen einander Neujahrsgrüße auf die Bildschirme; Das Österreichische Bundesheer marschiert in Armenien ein. Die Hörschklüptlinge klagen: Die Österreicher be-greifen ihr Heer nur mehr als Katastrophen-schutzfeuerwehr. Wo bleibt denn da der Wehrwille? Heute sollen wir Österreich verteidigen, morgen schon die NATO. Zivile, schützt euch, dann können wir mehr kaputtmachen! Zivildienst im Dienste des Hee-res, Totalverweigerer gehen ins Gefängnis. Wiederho-lung ist angeeignet. Amnesty International stellt fest: Politische Häftlinge in Österreich!

Schlechte Zeiten für AntimilitaristInnen. Doch wir müssen die antimilitaristische Arbeit fortführen, bevor auch uns die neokonservative Welle weg-schwemmt. Das Militär als Schule der Nation zu schwänzen zieht keine Bildungslücken nach sich, wohl aber, wenn seine Rolle als Quelle struktureller Gewalt im zivilen Bereich verkannt wird. Friede ist mehr als Waffenstillstand, heißt es, aber stehen die Waffen still? Manöver und Draken steigen. Die Demokratie steht bald vor militärischem Sperrgebiet. Der Militarismus hat tiefe Wurzeln in der Gesellschaft, der Antimilita-rismus braucht sie, sonst haben wir bald keine Gesell-

schaft mehr, sondern nur mehr Militär. Die alten Ideo-logien pflegen alle ihre Beziehung zum Heer, vom Mi-litärpfarrer bis zum Soldatenrat. Aber bei denen, die hin müssen, ist es bei weitem nicht mehr so beliebt. Generationenkonflikt. Die Plätze für Zivildienstler wer-den weniger, fehlt noch, Zivildienst beim Heer absol-vieren zu müssen. Das schreit nach Antimilitarismus.

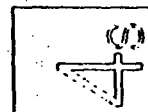
Also gibt es jetzt eine Zeitschrift für Antimilitaris-mus, kurz ZAM. Der Antimilitarismus in Österreich hat zwar eine breite Basis, die aber weder organisiert ist noch ihren Ausdruck findet; zu groß ist die Propaganda der sogenannten unabhängigen Medienmacht. "Gegen das Militär zu sein" ist allein kein wirksames Programm. Antimilitarismus ist mehr als nur "gegen das Militär". Antimilitarismus heißt, neue Formen der Gesellschaft zu suchen, ge-waltarme Formen, ohne Unterdrückung und Men-schenverachtung. Antimilitarismus ist eine Utopie. An-timilitarismus ist keine Ideologie, denn Ideologie ist nur eine Ausrede dafür, sich an der Wirklichkeit vor-belzumogeln. Daher steht kein heroischer Leitbegriff an der Spitze der Bewegung, kein Schlagwort, das mithilfe, Tatsachen zu unterschlagen. Das Militär ab-zuschaffen, ist aber ein Sprengsatz für die Gewaltlo-gik der Macht, denn das Lügegebäude der Her-schenden hält nur durch den Zement Militär. Wer das Militär anerkennt, anerkennt auch seine Struktur, sei-ne Autorität über und seine Forderungen an den Rest der Gesellschaft. Er/Sie muß sich seiner Logik anpas-sen und sich auf seine Normen reduzieren. Denn es läßt keine anderen zu, sonst würde es aufhören zu ex-istieren. Das wollen wir ja. Militär und Ge-dankensfreiheit sind Gegensätze. Also erkennen wir das Militär nicht an, und mit jeder Aberkennung bröckelt das Fundament der herrschenden Klasse, bis es bricht.

Wir als Redaktion der ZAM wollen keinen Antimi-litarismus produzieren, wir wollen den vorhandenen unterdrückten Strömungen Stimme verleihen, also propagieren. Daher gibt es auch keine definitive Blatt-line, sondern kritische Analyse legt den Widerstnn militärischer Logik dar. Pazifismus ist ein heikles Thema, denn der Begriff ist schwammig. Vielleicht gelingt es, ihm eine klare Position zu vermitteln, wenn ideologische Wortspiele damit enttarnt werden. Militär

und Industrie, Militär und Politik. Dieser Pils erlaubt es nicht, Scheuklappen aufzubehalten, wenn Themen et-was absalts der reinen Heereskritik liegen. Was sich durch die Militärgewalt in der Psycho eingrät, läßt anderswo Mythen blühen - die Arbeit ist wirklich breit gefächert. Keine Zeit für Ruhepausen und Lorbeeren.

Das Militär zu entblößen, bedarf es nur wenig, wir brauchen es nur zu zitieren; die Aussagen sprechen für sich selbst, wenn sie der mythologischen Glorie be-raubt werden. So wichtig es ist, gegen das Militär

ausschneiden



AN

ARGE ZIVILDienst
Schottengasse 3a/1/59
1010 Wien

Anmerkungen:

www.004.65/1/07.0010005.02.2007.00000000

Erklärung des „Sankt-Nimmerleintages“ zum gesetzlichen Feiertag!

von Markus Kemmerling

diese forderung schließe ich einem ausspruch unserer kriegsplaner aus dem verteidigungsministerium an.

journalistenfrage: das spiel einberufung,

„efehtsverweigerung, haft, entlassung

wird sich im falle hejtmanek bis zum

„sankt-nimmerleinstag“ wiederholen?

dr. puchers (bmlfv) antwort: ja,

außer der junge mann ändert seine einstellung.

Helmut Hejtmanek 1989

Was ist Totalverweigerung? Für die Gegenseite ist die Antwort "simpel": Totalverweigerung ist eine "für alle Drückeberger geeignete Formel" (Ersatzstaberl Markaritzer im *Kurier*), "jedenfalls eine Position des Privatanarchismus" und "kein politisch gerechtfertigter Widerstand" (Thomas Vasek im *Falter*). Eine differenzierte Antwort jenseits des gesunden Menschenverstands ist weniger simpel, gibt es doch ungefähr so viele Motivationen für und Zugänge zur Totalverweigerung wie Totalverweigerer. Mindestens. Als kleinster gemeinsamer Nenner ließe sich vielleicht sagen, daß Totalverweigerung den Versuch darstellt, sich über den gesetzlich erlaubten Rahmen (Zivildienst) hinaus der militärischen Verwertbarkeit zu entziehen.

In den Motivationen zur Totalverweigerung scheint es mir zwei Grundtendenzen zu geben: jene die Militarismuskritik, Unterordnung des Zivildienstes unter militärische Interessen etc. in den Mittelpunkt stellt, und jene die

betont, daß Totalverweigerung ein "Teilaspekt einer umfassenden Staatsdienstverweigerung" ist. Manche Totalverweigerer betrachten ihr Handeln primär als eine individuelle Gewissensentscheidung, demgegenüber versucht politisch organisierte Totalverweigerung diese Individualisierung gerade zu vermeiden.

Besser als jede abstrakte Definition scheint mir aber die konkrete Geschichte eines Totalverweigerers, sein Verhalten und seine persönliche Begründung zu zeigen, was Totalverweigerung ist. Das von der Chronologie (s. Beitrag dazu) über Helmut Totalverweigerung vermittelte Bild ist - gerade in seiner Endlosigkeit - typisch.

Unglücklich gewählt ist der Begriff sowieso, löst er doch - selbst bei denen, die mit der Problematik des Zivildienstes vertraut sind - sofort den "Alles Asoziale"-Reflex aus. K. Markaritzer schreibt das explizit, aber auch T. Vaseks "privatanarchistisches

Extrawürstel" drückt schließlich genau das aus.

Angesichts der zwei dicken Bene-Ordner, in denen sich die Akten meiner eigenen, erst durch die Reaktion der Behörden zu einer totalen gewordenen, Verweigerung stapeln, stellt sich mir Totalverweigerung als eine etwas abwegige Form von Sammelleidenschaft dar, deren Objekte der Begierde Ladungsbescheide, Strafanzeigen und andere zum Teil reichlich abstruse Schriftstücke militärischer, polizeilicher, etc. Behörden sind. Das klingt nach einem etwas müden Schmäh, ist aber durchaus ernst gemeint. Denn jede konsequente Totalverweigerung wird letztlich weniger durch jene politischen Überlegungen, welche zum Entschluß totalzuverweigern führen, als durch jahrelange staatliche Repression bestimmt. Dies ist ein der Totalverweigerung innewohnender Widerspruch. Die Verweigerung staatlichen Zwanges führt letztlich zu noch stärkerem Zwang, selbst dann, wenn sich - wie in meinem Fall - die Verweigerung aus militärischer Sicht ganz eindeutig als eine Geschichte von Niederlagen darstellt.

Es gehört zum Wesen von Totalverweigerung, die gesetzlich vorgesehenen Spielregeln von Wehrdienstverweigerung zu verletzen, da diese - wie im Artikel über den Zivildienst beschrieben - letztlich doch alle militärischer Logik unterworfen sind.



F. Jägerstätter Wehrmachtsverweigerer - L. Berger Stellungsverweigerer - C. Kurzmann Präsenzdienstverweigerer - C. Hellböck 0815

Die Formen von Totalverweigerung sind deshalb auch sehr vielfältig. Und die Strafen für TV sind ebenso vielfältig, siehe die beiden nebenstehenden Kästen.

Da es nur sehr wenige Totalverweigerer gibt, läßt sich aber kaum eine allgemeine Aussage über die Bestrafung machen. Die sechs Monate unbedingter Haft für Helmut sind meines Wissens die höchste Strafe, die bislang in Österreich gegen einen Totalverweigerer verhängt wurde. Auf der anderen Seite haben z.B. die

zahlreichen gerichtlichen und Verwaltungsstrafanzeigen gegen mich in sieben Jahren lediglich zu einer Strafe von einigen hundert Schilling geführt.

Auf alle Fälle ist Totalverweigerung eine äußerst langwierige und über die Strafe hinaus aufreibende Angelegenheit. So sind von den 9 "Fallbeschreibungen" in einer 6 Jahre alten Broschüre der "Gruppe für Totalverweigerung" mindestens 4 noch aktuell. Ein Ende ist erst dann erreicht, wenn Bundesheer oder Innenministerium auf weitere Einberufungen/Zuweisungen

"vergessen". Ein Schlußstrich läßt sich aber erst mit 35 (Ende der Pflicht zum ordentlichen Präsenz- bzw. Zivildienst) oder 50 (Ende der Wehrpflicht) ziehen.

Die einzige allgemeingültige Regel im Verhalten der Behörden ist vielleicht jene, sich keiner inhaltlichen Diskussion zu stellen. Das Bundesheer geht jeder öffentlichen Diskussion mit TotalverweigererInnen über die von ihnen geäußerte Kritik an Krieg und Militarismus aus dem Weg. Mit gutem Grund.

Was sich alles totalverweigern läßt

Stellungsverweigerung: Der erste zwangsweise Kontakt des Wehrpflichtigen mit und die erste Unterwerfung unter den Militärapparat ist die Stellung. Da die Feststellung der "Tauglichkeit" zum Wehrdienst nur durch die aktive Teilnahme des künftigen Soldaten möglich ist, kann niemand zum Bundesheer einberufen werden, solange er die Durchführung der Stellung oder ärztliche Untersuchungen, auch nur teilweise, verweigert.

Verweigerung des Präsenzdienstes: Die "klassische" Form der Totalverweigerung; konkret bedeutet dies zumeist, den Einberufungsbefehl zu ignorieren oder militärische Befehle zu verweigern.

Zivildienstverweigerung: Verglichen mit der Präsenzdienstverweigerung die etwas sanftere Form, da nach der "Befreiung von der Wehrpflicht" zivile und nicht mehr militärische Behörden die Kontrahenten sind.

Verweigerung von Truppen- oder Kaderübungen oder die Verweigerung eines an Stelle der Übungen abzuleistenden Rest-Zivildienstes oder die Verweigerung der zwei Monate Zivildienst, welche dieser zur Zeit länger dauert als der Präsenzdienst oder...

Aktive Wehrkraftzersetzung: Obwohl gemeinhin nicht als "Totalverweigerung" betrachtet, wäre diese Aufzählung doch unvollständig ohne Erwähnung jenes, ZAM-LeserInnen wohlbekannten Aufrufs, mit welchem bereits viele hundert Personen aus Solidarität mit Wehrdienst- und Totalverweigerern zur "Nichtbefolgung von Militärgesetzen" aufgerufen haben. Denn dieser Aufruf ist als eine Aktion, die auf die individuelle Kriminalisierung von Verweigerern mit einem gemeinschaftlichen Gesetzesbruch antwortet, direkt aus der Erfahrung mit Totalverweigerung entstanden. Die im Artikel beschriebene Totalverweigerung im engeren Sinn (in dem daher auch hauptsächlich von Verweigerern und nicht auch von Verweigerinnen die Rede ist) ist jedenfalls nur ein Teil der Aktivitäten der "Gruppe für Totalverweigerung" mit dem Ziel, das Bundesheer abzuschaffen und den Wehrwillen der österreichischen Bevölkerung kontinuierlich zu zersetzen.

I · N · H · A · L · T

DER HINTERGRUND VOM VORDERGRUND DES UNTERGRUNDS	3
- statt eines Editorials	
ZIVILER UNGEHORSAM GEGEN DAS GEHORCHEN	5
CHRONOLOGIE	6
DOKUMENTARISCHER TEIL	
Der „Aufruf“	7
INTERNA	
Hausdurchsuchungen	10
akin-Prozeß	12
Immunitätsaufhebung	15
Gute Nacht Österreich	17
Diskussion	19
„Im Heer HERRscht Glied“	22
Verweigert den Befehl!	23
RECHTLICHES	
Anzeigen	24
Ermittlungen	26
akin-Prozeß	34
PRESSESPIEGEL	
Anzeige/Staatsschutz	45
Hausdurchsuchungen	46
Immunitätsaufhebung	48
akin-Prozeß	49
DARUM! UNTERZEICHNERINNEN DES AUFRUFS BEGRÜNDEN IHRE TAT	
Renate Saßmann	15
Moritz Neumann, Herbert Brunner und Dieter Schrage	16
Barbara Felkel	18
Bernhard Redl	21
Gerhard Ruiss, Hermes Phettberg, Wolfgang Mundstein, Claudia Krieglsteiner	25
Peter Moser	29
Ilse Grusch	39
Michael F. Herder	40
Christian Buchner	50
Friedrun Huemer und Markus Kemmerling	52
Kurti Winterstein	56
Sigi Maron	59
TERMINE	59

IMPRESSUM:

Medieninhaberin: Arge für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit,
 Schotteng. 3a/1/59, 1010 WIEN (Tel.: 0222/535 91 09; Fax: 0222/532 74 16).
 Redaktion: Gemeinschaftsredaktion aus Akin, Tatblatt und ZAM; Christian Flicker, Manfred Gmeiner, Brigitt Hebein,
 Markus Kemmerling, Bernhard Redl, Renate Saszmann, Peter Steyrer.
 Cover: Alexander Lehar, - Lay Out: Redaktion und Andreas Rieder.
 Hersteller: Druckwerk, Verein für Medienarbeit, 8020 GRAZ, Ungerg. 7.
 Erscheinungsweise: 8 x jährlich, Einzelpreis: 25.-, Abo.: 150/Jahr, Ausland: 250/Jahr.